



JULI 2015

**Liebe Leserinnen,
liebe Leser,**

der Sommer hat begonnen! Für die Schülerinnen und Schüler stehen noch ein paar Prüfungen an, doch danach beginnen endlich die großen Ferien und man kann sich bei hoffentlich gutem Wetter im Freien erholen, zum Beispiel bei einem Schwimmbadbesuch.

Auch der Deutsche Bundestag verabschiedet sich demnächst in die Sommerpause.

Zuvor befassen wir uns allerdings noch mit einem ernstem Thema: Sterbebegleitung. Lesen Sie dazu meine Meinung auf Seite 2.

Andere Themen, zum Beispiel die Griechenland-Krise, werden uns voraussichtlich auch in den Sommerferien und darüber hin-

aus beschäftigen.

Sie wollen sich tagesaktuell über meine Arbeit in Berlin und Unterfranken informieren?

Dann besuchen Sie doch einfach meine Facebook-Seite (auch ohne Facebook-Konto!):
www.facebook.com/BerndRuetzelMdB

Noch mehr Infos zu mir und meiner Arbeit finden Sie unter www.bernd-ruetzel.de!

Ein Besuch lohnt sich; schauen Sie doch einfach mal rein.

Vor allem aber: Genießen Sie den Sommer! Und haben Sie viel Freude bei der Lektüre dieser Newsletter-Ausgabe!

Beste Grüße

Ihr

INHALT

- 2 ... Klartext: Sterbehilfe
- 3 ... Lisas Post aus USA
- 4 ... Betriebsbesuche
- 6 ... Berlin-Besuch
- 7 ... Schnappschüsse
- 10 ... MdL-Gastbeiträge

KONTAKT/IMPRESSUM

Bürgerbüro Gemünden

Obertorstraße 13
97737 Gemünden
Tel. 09351 6036563
Fax 09351 6058298
bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de

Büro Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030 227 73434
Fax 030 227 76433
bernd.ruetzel@bundestag.de

www.bernd-ruetzel.de

V.i.S.d.P.: Bernd Rützel, MdB
Obertorstraße 13
97737 Gemünden

Aus dem PARLAMENT



KLARTEXT

Sterbehilfe darf kein Geschäft sein!

Das ist meine Überzeugung, der ein unter Federführung von Kerstin Griese (SPD) und Michael Brand (CDU) erarbeiteter Antrag entspricht. Ich gehöre deshalb zu den Erstunterzeichnern dieses Antrages mit dem Titel „Entwurf eines Gesetzes zur Strafbarkeit der geschäftsmäßigen Förderung der Selbsttötung“, der als einer von vier in der nächsten Woche im Deutschen Bundestag erstmals erörtert wird.

Der Deutsche Bundestag will in diesem Jahr ein Gesetz zur Sterbehilfe verabschieden, um Regelungslücken zu schließen. Für mich ist wichtig, dass die Hilfe zum Suizid nicht gesellschaftsfähig oder sogar gesellschaftlich erwartet wird. Klare und auch enge Grenzen sind deshalb unerlässlich.

Es ist ein gutes Zeichen, dass unser Antrag schon jetzt über 100 Unterstützerinnen und Unterstützer im Parlament hat und über Fraktionsgrenzen hinweg breite Zustimmung findet. Wir wollen verhindern, dass Sterbehilfe zu einem Dienstleistungsangebot wird. Nicht nur gewerbsmäßige, sondern auch nicht notwendig kommerziell orientierte, aber auf Wiederholung angelegte Handlungen, gehören deshalb verboten. Eine Ausnahme sieht unser Gesetzentwurf für Angehörige oder andere nahestehende Personen vor.

Der Deutsche Bundestag wird die vorliegenden Gesetzentwürfe noch vor der Sommerpause diskutieren. Die Beschlussfassung ist für November vorgesehen. Den sogenannten Fraktionszwang wird es dann nicht geben.

Es ist gut, dass wir gleichzeitig über den Ausbau der ambulanten und stationären Betreuung und Begleitung sterbenskranker

Menschen sprechen. Auch hierzu liegt ein Gesetzentwurf vor, der ebenfalls im November beschlossen werden soll.

Ich finde es wichtig, Sterbehilfe und palliative Sterbebegleitung zusammenhängend zu regeln, um den Menschen Ängste zu nehmen, die sie haben, wenn sie an ihr Lebensende denken. Leiden und Schmerzen, Krankheit und Einsamkeit im Alter sowie die Befürchtung, anderen zur Last zu fallen, müssen nicht sein.

Die Stärkung der Hospiz- und Palliativversorgung ist deshalb besonders wichtig – auch, um in unserer Gesellschaft eine Kultur des Begleitens von Älteren und Schwerkranken zu verankern.

Aus dem PARLAMENT



Happy Birthday, USA!

Ein Jahr in den USA leben, studieren und arbeiten – diese spannende und einzigartige Kombination bietet das Parlamentarische Patenschaftsprogramm (PPP). In 2014/15 auf meine Einladung hin mit dabei: Lisa Bonengel aus Wiesthal.

Hier ihr aktueller Beitrag:

In wenigen Tagen feiern die Vereinigten Staaten von Amerika ihren alljährlichen Unabhängigkeitstag am 4. Juli. Es ist der Nationalfeiertag der USA, denn am 4. Juli 1776 erklärten 13 Kolonien die Unabhängigkeit von Großbritannien.

Da es mitten im Sommer stattfindet, feiern die Amerikaner normalerweise im Freien mit Picknicks, Konzerten, Baseball-Spielen und Paraden.

Drei Worte, die all das besonders gut beschreiben würden? Rot, weiß und blau! - denn das sind die Farben, die man an diesem Tag einfach überall sehen wird. Beendet wird der Abend normalerweise mit einem wunderschönen Feuerwerk über all den ge-
hissten USA-Flaggen.

Leider wird dies mein letzter Feiertag in den Vereinigten Staaten sein und doch kann ich es kaum erwarten, dieses Spektakel mitzuerleben.

In a few days the United States of America will celebrate their Independence Day on July 4th. It is considered a national holiday because 13 colonies declared independence from the United Kingdom on July 4th, 1776.

Because it is in the middle of the summer season, Americans typically celebrate outside with picnics, concerts, baseball games and parades.

Three words that describe this holiday would be red, white, and blue because those colors are displayed everywhere you look. A beautiful firework display usually ends the night casting colors on the many hoisted American flags.

Unfortunately, this will be my last holiday in the United States and yet I can not wait to experience this spectacle.



**Alle Beiträge von Lisa können
Sie auf meiner Homepage
www.bernd-ruetzel.de**

nachlesen!

Vor Ort in

UNTERFRANKEN



Zwei hohe Tiere und ein „normaler“ Paarhufer

Besuch bei der DANONE-Molkerei in Ochsenfurt

Gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) und meinem Kollegen Volkmar Halbleib besuchte ich am 22. Juni die Molkerei der DANONE GmbH in Ochsenfurt.

Im Rahmen einer Führung konnten die Anwesenden einen Eindruck davon gewinnen, wie der Produktionsprozess bei Joghurt und anderen Milchprodukten abläuft. Und eines durfte am Ende der aufschlussreichen Tour durch die Molkerei natürlich

nicht fehlen: die Verkostung.

Die knapp 200 Mitarbeiter produzieren in Ochsenfurt unter anderem DanySahne und weitere Produkte. 230 Landwirte aus der Region liefern die dafür benötigte Frischmilch.

Solidaritätsbesuch im Verdi-Streiklokal

Seit knapp zwei Wochen befinden sich Mitarbeiter der Deutschen Post im Ausstand. Auch in Unterfranken streiken mehrere Hundert „Postler“.

Der SPD-Landtagsabgeordnete Volkmar Halbleib und ich besuchten am 22. Juni deren Streiklokal in Rottendorf, um ihnen unsere Solidarität zu zeigen und zu ihnen zu sprechen.

Dabei machte ich deutlich, dass das Verhalten der Post, welche während des Streiks Sonntagszustellungen mit Freiwilligen durchgeführt haben soll, ein Unding ist und forderte die Verantwortlichen bei der Post auf, sich in diesem Tarifkonflikt fair zu verhalten.

Am Ende unseres Besuchs erhielten die Streikenden noch eine finanzielle Zuwendung.



Vor Ort in

UNTERFRANKEN



Zu Gast bei Vogel Druck in Höchberg

Am 22. Juni besuchte ich, begleitet von Volkmar Halbleib und Vertretern der Lokalpolitik, die Firma Vogel Druck in Höchberg, welche ein Tochterunternehmen von Bertelsmann ist.

Beim Gespräch mit Geschäftsführer Rolf Lenertz und dem Betriebsratsvorsitzenden ging es unter anderem um die Geschichte des Unternehmens, die derzeitige Situation der Druckbranche und Themen wie Energie, Mitbestimmung und Ausbildungsplätze. Zudem kamen die Russland-Sanktionen und ihre Folgen für die heimische Wirtschaft zur Sprache. In zunehmendem Maße werden Druckereien aus Polen und der Tschechischen Republik zur Konkurrenz auf dem deutschen Markt, da sie Absatzmöglichkeiten in Russland verloren haben und sich nun neu positionieren.

Die anschließende Betriebsführung erlaubte einen Einblick in die Herstellung von bekannten Druckerzeugnissen wie „Chip“, „Servus“ und „Garten Idee“.



Gruppenbild mit Wolfgang Knorr (Vorsitzender SPD-Ortsverein Höchberg), Bernd Rützel (MdB), Geschäftsführer Rolf Lenertz, Sonja Ries (Kreisrätin), Volkmar Halbleib (MdL) und Betriebsratschef Martin Diller

Einblicke bei Kinkele

„Wir machen das.“ So lautet das Firmenmotto der Firma Kinkele aus Ochsenfurt. Und das Unternehmen macht fast alles, was mit Maschinenbau zu tun hat. Davon konnte ich mir im Juni selbst ein Bild machen.

Der mittelständische Betrieb beliefert Kunden aus aller Welt und zeigt auf eindrucksvolle Weise, dass Mittelstand und Handwerk wichtige Säulen der deutschen Wirtschaft sind. Beindruckend ist

darüber hinaus, dass mehr als 60 Auszubildende hier arbeiten. Kinkele schaut dabei nicht nur auf die schulischen Leistungen und Noten, sondern mindestens ebenso sehr auf ihre charakterlichen Eigenschaften.



Vor Ort in

UNTERFRANKEN



zel bei mir war, ist was aus ihm geworden.“

Stolzes Jubiläum: 700 Jahre Frammersbach

Frammersbach im Landkreis Main-Spessart feierte 700sten Geburtstag. Ein wahrlich stolzes Jubiläum, zu dem natürlich auch ich herzlich gratulierte. Gleichzeitig jährte sich die Verleihung der Marktrechte, die der Ort vor 350 Jahren erhielt.

Dies war Anlass genug für ein gelungenes Jubiläumfest. Dank diverser Aussteller und Veranstaltungen konnte man in die Vergangenheit eintauchen.

Vier Tage Berliner Luft

Eine bunt gemischte Gruppe konnte ich im Juni in Berlin begrüßen. 50 Gäste aus meinem Wahlkreis und den Betreuungswahlkreisen waren meiner Einladung in die Bundeshauptstadt gefolgt. Mit dabei waren Mitglieder der AG 60plus in der SPD, Beschäftigte der Mainfränkischen Werkstätten sowie der Personalrat der Stadt Gemünden.

Im Gespräch im Berliner Reichstagsgebäude stand ich den Teilnehmerinnen und Teilnehmern Rede und Antwort. Dabei ging es nicht nur um aktuelle Begebenheiten aus dem Wahlkreis, sondern auch um Themen wie TTIP, Vorratsdatenspeicherung, Fracking und Griechenland.

Die Gäste reisten bereits am Sonntag mit dem Zug an und absolvierten bis Mittwoch ein reichhaltiges Programm. Dazu gehörten unter anderem eine Stadtrundfahrt, ein Besuch der neuen BND-Zentrale und eine Führung durch das Dokumentationszentrum „Topographie des Terrors“.

Dennoch kam die Geselligkeit nicht zu kurz und ich konnte manchen „alten Bekannten“ begrüßen; darunter meinen ehemaligen Geschichtslehrer, der sogleich flachste: „Obwohl der Bernd Rüt-



Auch ich machte diese Zeitreise, wie man auf dem Foto sehen kann.

Vor Ort in

UNTERFRANKEN



Unterwegs mit Uli Grötsch, MdB

Meinen Fraktionskollegen Uli Grötsch konnte ich im Juni bei mir im Wahlkreis willkommen heißen.

In Lohr trafen wir uns mit Gastwirten und Hoteliers im Gasthaus Schönbrunnen. Hauptthema war die Einführung des Mindestlohns und die damit zusammenhängende Dokumentation der Arbeitszeit. Aber auch andere Themen aus dem Bereich der Gastronomie kamen zur Sprache, zum Beispiel Kritik am Vorgehen des Zolls, der für die Überprüfung zuständig ist.

Uli Grötsch sprach eingangs allgemein von einer derzeit positiven Phase für die Gastronomie und wies auf ihre Bedeutung als Wirtschaftsfaktor in Deutschland mit 915 000 Beschäftigten hin.



Mit Uli Grötsch (Dritter von links) und Harald Schneider (Vierter von rechts) bei der Bundespolizei in Würzburg. Von 1999 bis zu seiner Wahl in den Bundestag war er selbst als Polizist in der Polizeiinspektion Fahndung in Waidhaus tätig.

Um den Tourismus und somit das Hotel- und Gaststättengewerbe weiter zu fördern, würden auch neue Zielgruppen angesprochen.

So habe man in jüngster Zeit vor allem China stark beworben, da es von den Experten als das Land mit dem größten Potenzial für Urlaub in Deutschland angesehen

wird.

Weiterer Programmpunkt war ein Besuch bei der Bundespolizei in Würzburg. Wir konnten uns hierbei ein Bild davon machen, in welchem Ausmaß die Belastung der Bundespolizei in den letzten Jahren gewachsen. Dienststellenleiter Gerhard Höfler stellte das breite Aufgabenspektrum der Inspektion dar. Begleitet wurden wir dabei vom ehemaligen Landesvorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Harald Schneider.



Vor Ort in

UNTERFRANKEN



Kino-Passage in Erlenbach eingeladen hatte.

Gemeinsam mit anderen Referenten und Diskutanten, darunter Landrat Jens-Marco Scherf, stand ich dem Publikum Rede und Antwort. Er ging dabei insbesondere auf die Situation im Landkreis Miltenberg ein und forderte den Bund auf, den Kommunen bei der Flüchtlingsfrage stärker als bisher unter die Arme zu greifen. Dem schloss ich mich an. Die SPD fordert eine deutliche Entlastung der Kommunen, allerdings blockiert die Union dies bisher.

Parteitag des SPD-Kreisverbandes Miltenberg

Am Samstag, den 13.06.2015, fand in Erlenbach-Streit der ordentliche Kreisparteitag der SPD im Landkreis Miltenberg statt. Die Delegierten aus den Ortsvereinen stellten mit der Neuwahl des Kreisvorstands dabei die Weichen für die kommenden beiden Jahren.

Der Kreisvorsitzende Thorsten Meyerer (Klingenberg) wurde mit 96 Prozent ebenso wiedergewählt wie Michael Günther (Eschau) und Helga Raab-Wasse (Erlenbach) als stellvertretende Vorsitzende. Neugewählt als Stellvertreter wurde Robin Hase-

ler (Weilbach). Monika Wolf-Plessmann (Kleinheubach) löst Ferdinand Kern als Kreiskassier ab, der nach 28 Jahren nicht mehr kandidierte.

Mit Zukunftsthemen wie solide Finanzen, Bildung, Infrastruktur sowie Gesundheitsversorgung zeigt sich der Kreisverband nicht nur personell, sondern auch inhaltlich gut aufgestellt.

„Bürgerdialog Asyl“ in Erlenbacher Kino-Passage

Am 6. Juni nahm ich an der Veranstaltung „Bürgerdialog Asyl – Flucht in eine bessere Zukunft?“ teil, zu welcher der Juso-Kreisverband Miltenberg in die



Vor Ort in

UNTERFRANKEN



Das Foto zeigt von links: Bernd Rützel (MdB), Zita Baur (Fellen), Robert Herold (Burgsinn), Lioba Zieres (Obersinn), Wolfgang Blum (Aura), Peter Paul (Mittelsinn), Wolfgang Küber (Rieneck) und Alexander Hoffmann (MdB)

Bürgermeisterrunde in Burgsinn

Am 22. Juni war ich zusammen mit meinem Bundestagskollegen Alexander Hoffmann (CSU) zu Gast bei der Bürgermeisterrunde im Sinngrund. Auf der Tagesordnung stand das aktuell bedeutende Thema Stromtrassen ganz oben, die wir allerdings nicht in unseren Flusstälern haben wollen. Weitere angesprochene Punkte waren unter anderem der Radwegebau Fellen-Aura und die Möglichkeit einer Busverbindung von Gemünden nach Wächtersbach.

Gesundheit! Medizinische Versorgung stärken.

Am 25. Juni habe ich gemeinsam mit Sabine Dittmar zur Podiumsdiskussion „Gesundheit! Medizinische Versorgung stärken“ eingeladen. Im Hotel Mainpromenade in Karlstadt konnten wir kompetente Diskussions- und Gesprächspartner begrüßen.

Welche aktuelle Bedeutung dieses Thema für die strukturschwächeren Teile des Landkreises hat, unterstrichen unter den etwa 30 Besuchern ein halbes Dutzend Ärzte und einige Bürger-

meister, die sich seit Jahren mit viel Energie und Geld um Hausärzte für ihre Kommunen bemühen - und doch oft erfolglos bleiben.

In meiner Begrüßung bin ich auf die großen Herausforderungen des demografischen Wandels eingegangen. Auf dem Podium diskutierten neben Sabine Dittmar, die nicht nur stellvertretende gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-

Bundestagsfraktion ist, sondern selber lange Zeit als Ärztin niedergelassen war, Horst Keller, Direktor der AOK Würzburg, und Michael Seubert vom Dienstleistungszentrum „Ärzte Unterfranken/Oberfranken“ sowie als Vertreterin der Kommunen Lioba Zieres, Bürgermeisterin in Obersinn. Moderiert hat Harald Schneider, Vorsitzender der Sozialdemokraten des Landkreises Main-Spessart.

In einem kurzen Vortrag erläuterte Sabine Dittmar die Maßnahmen, die in dieser Legislaturperiode bislang durch Initiativen der SPD auf den Weg gebracht wurden. Dazu gehören die Erhöhung der Ausbildungsstellen für

Vor Ort in

UNTERFRANKEN



Allgemeinmediziner von 5.000 auf 7.500 und die Verbesserung der Terminvermittlung zum Facharzt. Sie forderte, die bislang strenge Trennung zwischen ambulanter und stationärer Behandlung aufzuweichen.

AOK-Direktor Keller sprach einige Verbesserungen für die Patienten an. So bestehe der Anspruch auf Krankengeld ab dem Tag der Krankschreibung, nicht mehr wie bisher erst ab dem Folgetag.

Zur Versorgung des ländlichen Raums erklärte Michael Seubert, bei der AOK zuständig für die ambulante Versorgung, dass die Bayerische Staatsregierung auch Orte bis 20.000 Einwohner als ländlichen Raum definiert und so im Durchschnitt auf eine relativ gute Ärztedichte verweisen kann.

Haslochs Rathauschef Karl-Heinz Schöffler ergänzte dies mit dem Hinweis auf die hohe Zahl älterer Mediziner, die demnächst in Ruhestand gehen.

Obersinns Bürgermeisterin Lioba Zieres und ihre Kollegen Peter Paul (Mittelsinn) und Karl-Heinz Schöffler berichteten über die enttäuschenden Versuche, einen niedergelassenen Arzt für ihre

Kommunen zu finden. In Obersinn wähte man sich nach dem Angebot von 100.000 Euro Startkapital bereits am Ziel, bis sich herausstellte, dass dem Bewerber einige Voraussetzungen für die Zulassung fehlten.

Insgesamt war das eine sehr informative und interessante Veranstaltung. Mein Dank geht an alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer.



Gastbeiträge

MdL Volkmar Halbleib

Haushaltspolitischer Sprecher und Parl. Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion, Abgeordneter für WÜ-Land und Betreuungsabgeordneter für Kitzingen

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

täglich kommen neue Flüchtlinge nach Deutschland. Unzählige ehrenamtliche Helfer sind im Einsatz für die Flüchtlinge und Asylbewerber. Ohne ihr Engagement würden die zuständigen Stellen vor einem Berg von Problemen stehen. Viele der Asylhelfer sind äußerst engagiert, viele von ihnen stoßen aber auch an ihre Belastungsgrenze.

Deshalb ist es unabdingbar, dass die Arbeit der Asylhelfer vom Freistaat unterstützt wird. In einem Brandbrief haben sich 60 ehrenamtliche Initiativen an Innenminister Herrmann gewandt und die mangelnde Unterstützung durch den Freistaat beklagt. Sie schreiben gar davon, dass ihnen Knüppel zwischen die Beine geworfen werden.

Der Unmut über die fehlende Unterstützung der Kommunen und der Ehrenamtlichen durch die Staatsregierung wächst. Aus meiner Sicht ist es nicht damit getan, dass sich die Regierung um die Beschaffung von Unterbringungsmöglichkeiten kümmert, aber bei der sozialen Betreuung die vielen ehrenamtlichen Helfer alleine lässt.

Vor Ort in

UNTERFRANKEN



Die SPD hat im Landtag einen Antrag gestellt, mit dem wir verlässliche Ansprechpartner, Fortbildungsmaßnahmen und Fahrtkostenerstattung für die ehrenamtlichen Helfer forderten. Die CSU redet zwar in Sonntagsreden viel über das Ehrenamt, im Haushaltsausschuss lehnte die CSU den Antrag allerdings ab. Dagegen macht die CSU wieder Stimmung durch nicht realisierbare Vorschläge wie die Errichtung von Asylslagern in Nordafrika. Man kann das eine zynische und unseriöse Flüchtlingspolitik nennen.

Ihr

Volkmar Halbleib, MdL

MdL Martina Fehlner

Tourismuspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Abgeordnete für AB-West und Betreuungsabgeordnete für AB-Ost und Miltenberg

Bayern braucht mehr Fachoberschulen – große Lücken auch am Bayerischen Untermain

Liebe Leserinnen und Leser,
gemeinsam mit unserem bil-

dungspolitischen Sprecher

Martin Güll mahnt die SPD-Landtagsfraktion große Lücken bei der Versorgung mit Fachoberschulen im Freistaat an.



In vielen Landkreisen fehlen Fachoberschulen. Realschulabgänger sind oftmals dazu gezwungen, weite Pendlerstrecken zurückzulegen oder umzuziehen. In 25 Landkreisen gibt es überhaupt keine Fachoberschule. Besonders kritisch ist die Situation in Unter- und Oberfranken, der Oberpfalz und Niederbayern. In Stadt und Landkreis Aschaffenburg teilen sich beispielsweise acht Realschulen nur eine Fachoberschule, im Kreis Miltenberg

ist das Verhältnis immerhin vier zu eins.

Auch was die Abdeckung mit den verschiedenen Fachrichtungen angeht, gibt es große Lücken. Insbesondere, wer wie z.B. auch am Bayerischen Untermain die Ausbildungsrichtungen Agrarwirtschaft, Bio- und Umwelttechnologie sowie Gestaltung belegen will, hat ein echtes Problem, in unmittelbarer Nähe eine entsprechende Fachoberschule zu finden.

Das ist eine unzumutbare Situation für die jungen Realschulabsolventen. Viele sind noch zu jung, um von daheim auszuziehen oder die Eltern haben nicht genug Geld, um dem Kind eine eigene Wohnung zu finanzieren.

Insgesamt muss die Fachoberschule im Anschluss an die Realschulen als zweite starke Säule neben dem Gymnasium zum Erlangen der Hochschulreife etabliert werden. Weit mehr Realschüler suchen nach der mittleren Reife den Anschluss an eine Fachoberschule statt an ein Gymnasium. Unter anderem weil es trotz Übergangsjahr oft an mathematischen oder sprachlichen

Vor Ort in

UNTERFRANKEN



Voraussetzungen mangelt.

Laut einer schriftlichen Anfrage von 2014 erreichten 51,8 Prozent der Realschüler in Bayern die Eignung fürs Gymnasium, aber nur 39,3 Prozent wechselten tatsächlich auf diese Schulform.

Ihre

Martina Fehlner, MdL

MdL Georg Rosenthal

Sprecher der unterfränkischen SPD-Abgeordneten im Bayerischen Landtag, Abgeordneter für Würzburg-Stadt und Betreuungsabgeordneter für MSP

Fachoberschulen als zweite Säule neben den Gymnasien stärken

Liebe Leserinnen und Leser,

Das Angebot an Beruflichen Oberschulen im Landkreis Main-Spessart bietet ein wenig attraktives Bild. Mit der Fachoberschule in Marktheidenfeld steht für die Absolventen von sechs Realschulen nur eine Einrichtung dieser Art zur Verfügung. Dieser neben dem Gymnasium alternative Weg zur Hochschulreife bleibt damit vielen talentierten Schülern verwehrt.

Schon heute pendeln viele Schüler lieber in die benachbarten Zentren, statt umständlich nach Marktheidenfeld zu fahren. In diesem Schuljahr verlassen 164 Fach- und Berufsoberschüler den Landkreis. Es sind gerade die motivierten Schüler, die so dem Landkreis verloren gehen.

Nach dem wichtigen Beschluss des Kreistags für eine Sanierung des Friedrich-List-Gymnasiums in Gemünden (FLG) gilt es nun, den Bedarf für eine Fachoberschul-

Filiale in Gemünden zu prüfen. Mit dem Auslaufen der städtischen Fachoberschule in Würzburg gibt es die Chance, ein eigenes Angebot aufzubauen. Für die Fachrichtungen Gestaltung oder Agrarwirtschaft, Bio- und Umwelttechnologie sowie vor allem für die neue Abteilung Gesundheit wird im Landkreis nicht ausgebildet.

Die Beruflichen Oberschulen sind der Bildungszweig, der in Bayern traditionell stiefmütterlich be-

handelt wird. Für viele Schüler sind jedoch die stärker praxisorientierten Fachoberschulen besser geeignet als die Gymnasien: Zwar erreichen 51,8 Prozent der Realschüler in Bayern die Eignung fürs Gymnasium, doch nur 39,3 Prozent wechseln tatsächlich auf diese Schulform.



Ein öffentliches Fachgespräch mit Georg Rosenthal und dem bildungspolitischen Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Martin Güll findet am Montag, 27. Juli, um 14 Uhr im Weinhaus Mehling in Lohr statt.

Ihr

Georg Rosenthal, MdL